

**Geschäftsführer Sebastian Chwala**Bahnhofstr. 6  
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 5. Juli 2019

**Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 28. Juni 2019****Debatte über Klimanotstand prägte Sitzung – Kriegsforschung stoppen – Abschaffung der Straßenbeiträge – Konsequenterer Bürgerbeteiligung am Hasenkopf - Afföllergelände muss öffentlich bleiben**

Die letzte Sitzung des Stadtparlaments vor den Sommerferien stand ganz im Zeichen der Klimadebatte. Bereits im Vorfeld hatten sich fast alle Fraktionen auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt: In Marburg soll der Klimanotstand festgestellt werden. Für die Umsetzung zeigten sich unterschiedliche Positionen der Fraktionen. Ebenso stand wegen des geplanten Geländeverkaufs am Afföllergelände die weitere Stadtentwicklung auf der Tagesordnung mit der Frage: Darf städtisches Eigentum an Grund und Boden weiterhin privatisiert werden?

Angesichts neuer Informationen über militärische Forschung im Auftrag des US-Pentagons forderte der Dringlichkeitsantrag der Marburger Linken einen Appell an die Philipps-Universität, sich künftig ausschließlich ziviler Forschung zu widmen.

Einmütig drückte das Parlament sein Entsetzen über den politischen Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke aus und verurteilte rechten Terror und Netzwerke der Neonazis.

**Marburger Linke bekräftigt Ablehnung von Rüstungsforschung an Marburger Universität**

Zu Beginn der Parlamentssitzung hatte die Marburger Linke das Wort, um ihren Dringlichkeitsantrag zur Rüstungsforschung an der Universität zu erläutern. Die Stadtverordnete Elisabeth Kula führte aus, dass die Unileitung es versäumt habe, offen zu legen, dass gegen eine bereits seit 2014 bestehende Zivilklausel verstoßen wurde, als zwischen 2015 und 2017 erneut Gelder der US-Armee für Forschungszwecke angenommen wurden. Marburg müsse friedlich bleiben und die Universität so schnell wie möglich eine entschiedene Zivilklausel verabschieden, so Kula weiter. Außerdem problematisierte sie grundsätzlich die umfangreiche Einwerbung von Drittmitteln. Diesem Anliegen folgte zwar eine Mehrheit aus SPD, Grünen und Marburger Linken. Damit wurde aber eine Zwei-Drittel-Mehrheit nicht erreicht um ihn auf die Tagesordnung zu setzen, so dass dieser Antrag nun im August behandelt wird.

**Klimanotstands in Marburg nicht zu leugnen**

Weiter ging es anschließend mit einer Debatte über die künftige Klimapolitik der Stadt. Der Forderung der Marburger Klimagruppe, auch in Marburg den Klimanotstand auszurufen, schloss sich die überwiegende Mehrheit des Stadtparlaments an. Bei der CDU gab es das ganze Spektrum von Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Lediglich die FDP stimmte insgesamt gegen den Antrag. Zentral für künftige kommunalpolitische Entscheidungen wird sein, dass sie unter dem Vorbehalt des Klimaschutzes stehen.

Wie umstritten das Thema Klimaschutz bei der CDU ist, zeigte sich an ihren Schreckensvorstellungen eines angeblich drohenden Verlust von „Drei Tage Marburg“, einer autofreien Innenstadt oder eines kostenfreien Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)(!), die in der Debatte beschworen wurden. Jonathan Schwarz von der Marburger Linken dagegen bestärkte die Aktivis-

tinnen und Aktivisten. Die Klimaerwärmung mit allen ihren Folgen sei nur allzu spürbar, aber vonseiten der deutschen Politik werde das Anwachsen des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes immer weiter legitimiert, obwohl internationale Verträge anderes vorsehen. Schwarz legte für Marburger Linke das Augenmerk auch auf die soziale Dimension des ökologischen Umbaus. So dürften Ökologie und Sozialpolitik nicht gegen einander ausgespielt werden. Gerade energetische Erneuerung und moderne neue Wohnungen dürften nicht zu einem Preisniveau führen, das sich Geringverdiener\*innen nicht mehr leisten können. Der Antrag wurde schließlich mit der Mehrheit von SPD, GRÜNEN, Marburger Linke, Bürger für Marburg und einigen Stimmen aus der CDU beschlossen.

### **Abschaffung der Straßenbeiträge mit Tücken**

Einstimmig votierte das Stadtparlament für die Abschaffung der Straßenbeiträge in Marburg. Damit müssen Hausbesitzer\*innen – und indirekt Mieter\*innen – nicht mehr für einen Teil der Kosten für die Grundsanierung von Straßen aufkommen. In der Debatte verwies Renate Bastian, Fraktionsvorsitzende der Marburger Linken, allerdings darauf, dass durch die reine Stichtagsregelung jedoch neue Probleme entstehen. Dann nämlich, wenn Straßensanierungen bereits vor Inkrafttreten der neuen Satzung durchgeführt und dann nach dem Stichtag in Rechnung gestellt werden. Sie forderte daher, dass mit der neuen Satzung auch solche Altfälle bereinigt werden, um neue Ungerechtigkeiten zu vermeiden.

### **Bürgerbeteiligung bis zum Schluss praktizieren**

Als nächstes wurde darüber diskutiert, ob dem Begehren der GRÜNEN, Bewohner\*innen des Stadtwaldes auch am Preisgericht zu beteiligen, welches über den städtebaulichen Entwurf für das neue Baugebiet am Hasenkopf entscheiden wird. Renate Bastian wies darauf hin, dass die bisherigen Formen der Bürgerbeteiligung zur geplanten Bebauung des Hasenkopfs als vorbildhaft für andere Bürgerbeteiligungsverfahren anzusehen sind. Gerade deshalb sei es folgerichtig, dass der Magistrat auch den letzten Schritt gehe und die Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidung über den Architektenwettbewerb einbeziehe. Die Marburger Linke stimmte daher dem Antrag der GRÜNEN zu, der dennoch mit der Mehrheit der ZIMT-Koalition abgelehnt wurde.

### **Marburger Linke will Verbleib des Afföllergeländes bei Stadt**

Anschließend wurde über einen Antrag der Grünen gegen einen Verkauf von Teilen des Afföllergeländes an die MPG, eine Tochter der Pohl-Familienstiftung, debattiert. Die Marburger Linke sprach sich generell gegen den Verkauf aus und hob die Bedeutung öffentlichen Eigentums an Grund und Boden für die Stadtentwicklung und für die Schaffung und Erhaltung von bezahlbarem Wohnraum hervor. Renate Bastian verwies darauf, dass am Beispiel Wien nachgewiesen werden könne, dass ein großer öffentlicher Sektor im Wohnungsbau sich dämpfend auf die Mietentwicklung auswirke. Daher dürfe in Marburg auf keinen Fall eine der letzten großen Flächen verkauft werden, schon gar nicht an einen Investor wie die Pohlsche MPG.

An das (Un-)Wesen des Pohl-Konzerns, der bereits das Nordviertel dominiere, und seine rege Spendentätigkeit an die Parteien erinnerte Jan Schalauske. Statt städtisches Gelände ohne Rücksicht auf Erfordernisse der Stadtentwicklung an den ersten Interessenten zu verkaufen, verlangte er eine Beplanung des Geländes unter Bürgerbeteiligung.

Da sich die große Koalition nicht umstimmen ließ, scheiterte der Antrag der Grünen.

Beendet wurde die Sitzung mit der freundlichen **Verabschiedung unseres Stadtverordneten Jonathan Schwarz** durch die Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk. Er scheidet zum Juli aus dem Stadtparlament aus und geht als Wahlkreismitarbeiter von Lise Kula nach Wiesbaden. Für ihn wird **Stefanie Wittich** nachrücken.

Freundliche Grüße von der **Fraktion der Marburger Linken**

Renate Bastian

Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Henning Köster, Elisabeth Kula, Jan Schalauske, Jonathan Schwarz, Inge Sturm